Protokoll

über die 27. Sitzung des Ausschusses für Soziales der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 07.04.2005, im Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal

---

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Beginn: 16.30 Uhr

Ende: 18.00 Uhr

Gäste: siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er fest, dass für die heutige Sitzung Frau Kühn (Schriftführerin) nicht anwesend ist. Herr Böhnke (CDU-Fraktion) wird für die heutige Sitzung zum Schriftführer gewählt.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokolle**

Die Protokolle der 24. und 25. Sitzung wurden genehmigt.

TOP 3: **Vorschläge zur Wahl von Ehrenamtlichen**

Der Vorlage wird ohne Diskussion zugestimmt. Das Bezirksamt wird gebeten, eine entsprechende Vorlage zur Beschlussfassung in die BVV einzubringen.

TOP 4: **Bericht aus dem Bezirksamt**

- **Eingliederungshilfe/Fallmanagement**

  Herr Imlau berichtet, dass der Entwurf einer Zielvereinbarung zwischen der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz und der Senatsverwaltung für Finanzen einerseits und den Bezirken anderseits vorliegt. Die Zielvereinbarung soll zum 01.07.2005 geschlossen werden und soll eine Laufzeit bis zum 30.06.2006 haben. Durch die Zielvereinbarung soll die Reduktion der Fallausgaben auf ein ökonomisch sinnvolles sowie fachlich und rechtlich vertretbares Maß erreicht werden. Dazu ist die Einführung des Fallmanagements unerlässlich.
  Der Fallmanager entscheidet allein über den Umfang und die Dauer der beantragten Leistung. Es sind Hilfe-Pläne zu erstellen. Hilfe-Pläne, die über mehr als 3 Jahre und Jahreskosten über 40.000,-- € verursachen, müssen vom Dezernenten genehmigt werden.
  Die Erstellung eines Gesamtplanes unter Beteiligung aller Beteiligten ist umzusetzen und regelmäßige Fallkonferenzen sind abzuhalten. Der Fallmanager muss auch alternative Behandlungsmöglichkeiten überprüfen. Zur Unterstützung des Fallmanagers ist die Einrichtung eines Angebotskoordinators geplant.

Eine entsprechende Software zur Erfassung aller Daten steht noch nicht zur Verfügung, diese soll dann auch zur Zielüberwachung dienen.
Die fachliche Qualifikation der Fallmanager will die Senatsverwaltung für Soziales im Jahr 2005 gewährleisten. Diese erstellt dann auch einen Leitfaden zum Fallmanagement.
Der Fallmanager soll nach der Besoldunggruppe A 11 bewertet werden und 75 Fälle bearbeiten. Es ist die Bildung von Arbeitsteams zu je 6 Mitarbeitern geplant. Jedes Team wäre dann für 450 Fälle zuständig.
Die Personalmehrkosten werden durch Zuweisung von der Senatsverwaltung für Finanzen durch Basiskorrektur in Höhe von 2 Mio € für alle Bezirke finanziert. Der Bezirk muss jedoch ¼ der Mehrkosten für das Jahr 2005 tragen. Voraussetzung für die Basiskorrektur sind zu erbringende Einsparungen an Transferleistungen, die sich wie folgt staffeln:

bis zum 31.12.2005	0,5 %	
für das Jahr 2006	1,5 %	
ab 2007 jährl.	2,0 %	gegenüber den Vorjahren

Werden die Einsparung vom Bezirk nicht erbracht, erfolgt keine Basiskorrektur und der Bezirk muss die Mehrkosten selbst tragen. Bei höheren Einsparungen verbleiben dem Bezirk 50 % der Einsparsumme. Die Frage nach den freien Wohlfahrtsverbänden wird dahingehend beantwortet, dass aus Kostengründen verstärkt auf diese zurückgegriffen werden muss.

- **Modellsozialamt 2005**

Jede Fraktion erhält von Herrn Imlau ein Exemplar des Bericht 2004 zum Modellsozialamt 2005 zur Kenntnisnahme.
Ziel des Modellsozialamtes 2005 ist ein einheitlicher Verwaltungsaufbau der Berliner Sozialämter. Es soll eine Neugliederung der Fachbereiche geben, eine Clearingstelle „Bürgerservice Soziales“ eingerichtet werden und das bisherige Controlling/die Steuerung soll ausgebaut werden. Die wichtigsten Neuerungen sind u. a.

- Einführung des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe
- eigenständiger Fachbereich Soziale Wohnhilfe mit Fallmanagement
- Neukonzipierung der Leitungsspannen/Hierarchieebene.

Für die Personalbemessung sind folgende Fallzahlen vorgeschlagen:

- Eingliederungshilfe	1:75
- Hilfe zum Lebensunterhalt	1:130
– AsylbLG	1:110
– Soziale Wohnhilfe	1:50 (Fallmanagement)
	1:130 (Sachbearbeitung/Mietschulden/ Unterbringung ASOG)

Der Entwurf wird von den Bezirken bearbeitet und die interne Organisation wird von diesen selbst vorgenommen. Der Bericht wird auf CD erbeten. Das Bezirksamt wird diesen Hinweis prüfen.

Schuldner- und Insolvenzberatung

Der Kooperationsvertrag mit dem Deutschen Familienverbund wird durch Auflösungsvertrag zum 30.06.2005 beendet. Ab 01.07.2005 erhält die Schuldner- und Insolvenzberatung - wie in der Sitzung vom 03.03.2005 erläutert - höhere Zuwendungen. Die bezirklichen Mitarbeiter werden ihre Tätigkeit zum 30.06.2005 dort beenden.
Der Deutsche Familienverband hat bereits einen Mietvertrag über die Räume am Fichtenberg abgeschlossen.

- **Amtshilfe für das JobCenter**

  Aufgrund der Zusammenführung der Agenturen für Arbeit Süd und Südwest konnte das JobCenter Steglitz-Zehlendorf am 01.04. und 04.04.2005 keine Fälle bearbeiten und Leistungen an Kunden auszahlen (Grund: A2LL war außer Betrieb). Auf Bitte der Agentur erfolgten die Zahlungen durch die Bezirkskasse. So konnten in 13 Fällen Zahlungen in Höhe von insgesamt ca. 5000,-- € geleistet werden. Die Erstattung durch das JobCenter erfolgt umgehend.

- **Personaleinsparungen**

  Herr Imlau unterrichtet den Ausschuss über das Verfahren der Personalauswahl zur Benennung in den Überhang. Wie bereits durch den Bezirksstadtrat berichtet, muss die Abteilung eine Einsparsumme in Höhe von ca. 700.000,-- € erbringen.

  In Anlehnung an das Kündigungsschutzgesetz findet eine bezirkseinheitliche Sozialauswahl statt. In dem Bepunktungssystem werden Lebensalter, Dienstzeiten, Schwerbehinderungen sowie Unterhaltspflichten berücksichtigt. Die Sozialauswahl findet unter allen Beschäftigten einer Besoldungs- bzw. Vergütungsgruppe der Abteilung Soziales statt.
  Der Bedienstete mit den wenigsten Sozialpunkten muss dann – wenn keine weitere Beschäftigung im Bezirk möglich ist – zum Zentralen Stellenpool gemeldet werden.

- **Hartz IV**

  Die FDP-Fraktion bittet um Auskunft, ob die anfänglichen Probleme mit den Zuständigkeiten zwischen dem Bezirksamt und dem JobCenter beseitigt werden konnten. Herr Bezirksstadtrat Wöpke teilt mit, dass die Zuständigkeiten geklärt sind.

- **Erbpachtvertrag Rückertstr.**

  Der Dezernent teilt auf Nachfrage der SPD-Fraktion mit, dass die Situation sich nicht geändert hat. Er wird im nächsten Ausschuss über den aktuellen Stand berichten.

- **Bahnhof Lichterfelde-West**

  Auf Nachfrage der GRÜNE-Fraktion teilt Herr Bezirksstadtrat Wöpke mit, dass dem Bezirk ein Angebot über einen neuen Mietvertrag für den Bahnhof Lichterfelde-West vorliegt und dieses Angebot zur Zeit – auch durch das Haushaltsamt – geprüft wird. Eine Entscheidung wird bis Juni 2005 gefallen sein.

- **Ausschreibung Johannesstr.**

  Der Dezernent teilt mit, dass es noch einen weiteren Interessenten für die Johannesstraße gibt, der laut Liegenschaftsfonds ein verhandlungsfähiges Angebot abgegeben hat.

TOP 5: **Verschiedenes**

Herr Imlau bittet um das Wort und verabschiedet sich von den Ausschussmitgliedern, da dies seine letzte Ausschusssitzung vor Beginn seines Ruhestandes war. Er bedankt sich für die gute Zusammenarbeit.
Der Ausschussvorsitzende Herr Bösener wünscht Herrn Imlau auch im Namen der Ausschussmitglieder für die Zukunft alles Gute.

Der Dezernent teilt mit, dass Herr Geese kommissarisch die Aufgaben von Herrn Imlau übernehmen wird.

Die nächste Sitzung findet am 02.06.2005 um 16.30 Uhr statt.

Ausschußvorsitzender:	BV Bösener	
Schriftführer:	BV Böhnke	
Protokoll:	Frau Wansner	Berlin, den 08.04.2005